

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 1

Artikel: Schwedens Wirtschaftsprogramm
Autor: Michaelis, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schwedens Wirtschaftsprogramm

Göteborg, Mitte Dezember 1948.

Gemäß einer Erklärung, die von Staatsminister Erlander anlässlich des im November veröffentlichten Wirtschaftsprogramms abgegeben wurde, hegt die Regierung die Überzeugung, daß der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden ist und eine völlige Stabilisierung der Wirtschaft innerhalb der nächsten vier Jahre ermöglicht werden kann. Diesem Zweck dient das *Vierjahresprogramm*, das die Regierung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Länder übergeben hat. Das Ziel, ein völliges Gleichgewicht zwischen der Ein- und Ausfuhr des Landes herzustellen, ohne Auslandskredite in Anspruch nehmen zu müssen, kann — wie von gewerkschaftlicher Seite besonders energisch betont wird — nur durch die vereinten Kräfte aller Bevölkerungsteile erreicht werden. In diesem Sinne sind einzelne Pläne zu verstehen, die im Laufe der letzten Wochen bekanntgegeben wurden, wie die Einfuhrverminderung, die dem Volk eine gewisse Beschränkung seiner Bedürfnisse auferlegen wird, und vor allem die von den Gewerkschaften durchgeführte Maßnahme, um die Lohnbewegung zum Stillstand zu bringen.

Das Dilemma der schwedischen Wirtschaft ist bekanntlich während der letzten drei Jahre durch das Mißverhältnis einer zu hohen Einfuhr und einer zu niedrigen Ausfuhr entstanden. (Der Importüberschuß betrug Anno 1946 839 Millionen Kronen, Anno 1947 1955 Millionen Kronen; für das vergangene Jahr berechnet man einen Betrag von ungefähr 1200 Millionen Kronen.) Der bedeutende Import war nötig, um den durch die lange Absperrung verursachten Warenmangel zu beheben. Da man diesen Bedarf an ausländischen Waren nicht durch eine entsprechende Ausfuhr ausgleichen konnte, war man genötigt, die Valutareerven in Anspruch zu nehmen, die dadurch innerhalb von drei Jahren von 2600 Millionen Kronen (1945) bis auf einen Restbestand von etwa 600 Millionen Kronen verausgabt wurden. Daß der Export bis jetzt nicht das Vorkriegsniveau erreicht hat — dieser entspricht nur ungefähr drei Vierteln des Wertes von 1936 bis 1938 —, ist durch verschiedene Umstände, insbesondere durch den Rückgang der Holzindustrien verursacht; diese Industrien, deren Anteil vor dem Kriege ungefähr 40 Prozent des Exportes ausmachten, können ihre Kapazität auf Grund gewisser Rohstoffschwierigkeiten nicht erhöhen. Man ist sogar ge-

nötigt, die Ausfuhr dieser Erzeugnisse einzuschränken, um die Waldbestände nicht ruinieren zu müssen. Schweden war in einem besonders hohen Maße auf den Handel mit Deutschland angewiesen; vor und während des Krieges standen die deutschen Lieferungen an erster Stelle der schwedischen Einfuhr. Durch die Ausschaltung der deutschen Industrie war Schweden — um eine Reihe lebenswichtiger Produkte zu ersetzen — teils zu kostspieligen Investitionen gezwungen, um eigene Ersatzindustrien aufzubauen, oder aber die Einfuhr von andern Ländern, insbesondere von Amerika, zu steigern genötigt. Es war jedoch nicht möglich, die Ausfuhr nach Amerika zu erhöhen; hieraus ergab sich die hauptsächliche Ursache für den Valutaschwund: Im Jahre 1947 hatte der schwedische Handel mit Amerika einen Importüberschuß von 1300 Millionen Kronen zu verzeichnen (Vergleichszahl: 200 Millionen Kronen 1938).

Der hauptsächlich aus acht Punkten bestehende Vierjahresplan sieht vor: Produktionsfördernde Maßnahmen verschiedener Art, Beschränkung der Investitionen, Einschränkung der Konsumtion usw. mit dem Ziel, die Ausfuhr zu steigern und den Valutenschwund aufzuhalten. Die Produktion soll während dieser Zeit um 10 Prozent erhöht und die Gesamternten bis 1952/53 mit 8,5 Prozent gesteigert werden; 10 000 neue Traktoren, davon 7000 schwedische, sollen jährlich eingesetzt werden. Ferner Steigerung der elektrischen Kraftversorgung; das Vorkriegsniveau soll verdoppelt werden; eine bedeutende Eisen- und Stahlproduktion — die Erzeugung fertigen Stahls soll um 50 Prozent gesteigert werden; der Gesamtexport soll um 25 Prozent erhöht und ein Ausgleich in der Dollarbezahlung erreicht werden; der Papierexport soll — auf Kosten einheimischer Beschränkung — mit 20 Prozent erhöht werden. Schließlich ist im Plan eine Erhöhung des Lebensstandards von höchstens 5 Prozent vorgesehen.

In der Regierungserklärung wurde jedoch ausdrücklich betont, daß die Stabilisierungspolitik kaum eine Erhöhung des Lebensstandards zulassen wird; es wird vielmehr darauf ankommen, alle Kräfte einzusetzen, um den jetzigen Standard aufrechterhalten zu können. Noch vorsichtiger hat sich die Repräsentantschaft der Gewerkschaften ausgesprochen; es dürfte außerordentliche Schwierigkeiten bereiten, heißt es in ihrer Erklärung, den erreichten Lebensstandard im kommenden Jahre auf gleicher Höhe zu halten, da auf Grund der notwendigen Verminderung der Einfuhr eine Einschränkung des Konsums unvermeidlich wird. Im vergangenen Jahre betrug Schwedens Einfuhr 4,2 Milliarden Kronen; an dieser Summe gemessen, ist der Importplan für das kommende Jahr um eine halbe Milliarde Kronen reduziert worden. Die Ausfuhr soll hingegen auf gleicher Höhe gehalten

werden. Die Stabilität der Löhne ist eine wesentliche Vorbedingung, um darüber hinaus allmählich eine erhöhte Ausfuhr zu ermöglichen. Die Löhne sind in Schweden seit der Vorkriegszeit im Vergleich zu der Lohnsteigerung in England mit 30 Prozent und den USA mit 10 Prozent gestiegen; weitere Lohnerhöhungen würden sich somit außerordentlich nachteilig auf die Exportmöglichkeiten auswirken. Für die letzten drei Jahre beträgt die Lohnsteigerung durchschnittlich 33 Prozent; die Preise sind in der gleichen Zeit mit ungefähr 10 Prozent gestiegen. Die Gewerkschaften haben sich jetzt mit Rücksicht auf die Inflationstendenz, die sich in steigendem Maße aus dem Mißverhältnis einer zu niedrigen Produktion und einer entsprechend überschüssigen Kaufkraft ergeben hat, entschlossen, die jetzt ablaufenden Tarifverträge zu verlängern, ohne Forderungen auf Lohnerhöhungen zu stellen. Die Arbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß es kein Vorteil sei, 200 Kronen statt 100 Kronen in der Woche zu verdienen, wenn der höhere Verdienst doch nicht ausreiche, um mehr einkaufen zu können, bemerkte der Vorsitzende der LO, A. Strand, in seiner Erläuterung des gewerkschaftlichen Standpunktes; es habe keinen Sinn, noch weiter mit seinem eigenen Schatten um die Wette zu rennen.

Die Gewerkschaften sind gewillt, mit straffer Disziplin ihren Entschluß durchzuführen; die Verbände wurden ausdrücklich davor gewarnt, durch Ausnahmeaktionen die Befriedigung irgendwelcher Sonderinteressen zu erstreben, da jeder Verstoß gegen die Regel sich gegen das Stabilisierungsprogramm der Regierung richtet. Die Gewerkschaften fordern jedoch von der Regierung außerordentliche, nötigenfalls strenge Maßnahmen, um eine weitere Preissteigerung zu verhindern; sie sprechen die Erwartung aus, daß nicht die Arbeiterschaft allein, sondern alle Bevölkerungsteile den Willen erweisen werden, in gleichem Maße an einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse beizutragen.